

Kommission geht mit Gegenvorschlag weiter als Basler Regierung

Mehr Lohn für Kita-Mitarbeitende Die Eltern sollen in Basel weniger für die Betreuung zahlen. Gleichzeitig sollen die Angestellten fair entlohnt werden.



Die Löhne für Kita-Mitarbeitende sollen denjenigen in schulinternen Tagesstrukturen angeglichen werden. Symbolfoto: Keystone

SDA

Die Bildungs- und Kulturkommission des Basler Grossen Rates (BKK) stellt der Volksinitiative «Kinderbetreuung für alle» einen erweiterten Gegenvorschlag gegenüber. Dieser orientiert sich am Gegenvorschlag der Regierung, geht aber weiter. Die Mehrheit der BKK fordert unter anderem höhere Löhne für Kita-Mitarbeitende. Sie sollen denjenigen in den schulinternen Tagesstrukturen angeglichen werden. «So würden faire Löhne gezahlt, die Abwanderung von Mitarbeitenden der Kitas eingedämmt, sowie die Attraktivität des Berufs gesteigert», heisst es im gestern veröffentlichten Kommissionsbericht. Sowohl beim pädagogisch ausgebildeten Personal wie auch bei Betreuungspersonen ohne fachspezifische Ausbildung sollen die Löhne angehoben werden.

Der Vorschlag des Regierungsrats sieht vor, dass freiwillige Praktika vor einer Lehre als Fachfrau/Fachmann Betreuung nicht mehr im Betreuungsschlüssel angerechnet werden. Obligatorische Praktika sollen aber weiterhin Teil der Modellkostenrechnung sein.

Entlastung ab drei Kindern

Die BKK fordert hingegen, dass die obligatorischen Praktika nicht im Betreuungsschlüssel angerechnet werden sollten. Sollte es dadurch zu Lücken bei der Betreuung kommen, müssten die Kitas mehr Mittel erhalten, um diese mit Personal ohne pädagogische Ausbildung zu füllen. Es sollte auch möglich sein, ausserhalb des Betreuungsschlüssels Praktikantinnen und Praktikanten anzustellen.

Zudem fordert die Kommission, dass Familien ab dem dritten

Geschwisterkind, das familienergänzend betreut wird, vollständig entlastet werden. Ein Teil der Kommission war der Ansicht, dass die finanzielle Belastung des Kantons bei nur 50 betroffenen Haushalten in Basel-Stadt gering sei. Der Entscheid fiel per Stichentscheid und somit knapp aus.

Ferner soll im Gegensatz zum Vorschlag der Regierung das System der Firmenkitas erhalten bleiben. Diese Kitas können bei Bedarf die Aufnahme auf Kinder von Mitarbeitenden des Unternehmens beschränken. Firmenkitas zahlen die Differenz zwischen Vollkostenpreis pro Platz und dem Betreuungsbeitrag für Eltern. Die Kommissionsmehrheit sieht in der «drohenden Zerschlagung des gut funktionierenden Systems der Firmenkitas» einen Fehler im regierungsrätlichen Gegenvorschlag, heisst es im Bericht. Der BKK-Gegenvorschlag

«So würde die Abwanderung von Mitarbeitenden eingedämmt, sowie die Attraktivität des Berufs gesteigert.»

Bildungs- und Kulturkommission des Basler Grossen Rates

würde im Vergleich zum regierungsrätlichen Gegenvorschlag weitere jährliche Mehrkosten von 8,3 Millionen Franken bedeuten.

Die Initiative «Kinderbetreuung für alle» der SP fordert eine kostenlose Kinderbetreuung unabhängig von einer Erwerbstätigkeit bis zum Eintritt in die erste Klasse der Primarschule.

Der Regierungsrat erachtet die jährlichen Kosten in dreistelliger Millionenhöhe als nicht tragbar. Er präsentierte letztes Jahr einen Gegenvorschlag. Dieser sieht vor, dass die Elternbeiträge für alle Einkommensklassen gesenkt werden. Dessen Umsetzung würde nach Angaben der Regierung jährlich 27,7 Millionen Franken kosten. Noch ist offen, ob die SP ihre Initiative zurückzieht. Das Initiativkomitee werde nach der Beratung im Grossen Rat entscheiden, teilte die Parteileitung gestern mit.